

Kreistagssitzung vom	30.09.13	Tagesordnungspunkt	15.01.13	
Thema:	Entschädigungssatzung			
Redner:	Norbert Rücker		3	Minuten Redezeit
URL:	http://fw-pp.de/arbeit/	Interne Nummer		
Es gilt das gesprochene Wort und nicht diese Niederschrift.				

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

sehr verehrte Mitglieder des Kreistages,

Mit dieser Vorlage soll die Entschädigungssatzung dahingehend ergänzt werden, dass es zukünftig auch möglich ist, einem ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten dauerhaft ein eigenes Dezernat zu übertragen und dieses mit 2000 Euro im Monat zu belohnen.

Auslöser für die beabsichtigte Änderung der Entschädigungssatzung ist der Umstand, dass seit August letzten Jahres die alleinige Geschäftsführung der kreiseigenen AZUR GmbH durch einen ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten geleistet wird.

Nun ist die - durchaus erfolgreiche, das erkennen wir gerne an - Geschäftsführung eines Unternehmens in schwierigen wirtschaftlichen Fahrwasser jedoch eine Tätigkeiten, die einen nicht unerheblichen persönlichen und zeitlichen Einsatz erfordert.

In den betreffenden Gremien wurde daher auch begründet, dass auch eine umfangreiche dauerhafte Tätigkeit durch einen entsprechend qualifizierten ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten angemessen entlohnt werden müsse.

Dabei wurde jedoch die - aus Sicht der Fraktion Freie Wähler - Piraten - essentiell wichtige Frage außer Acht gelassen, ob eine Tätigkeit, die in diesem Umfang ausgeführt wird, überhaupt noch das Wesen des Ehrenamts erfüllt.

Betrachtet man sich nämlich die einschlägige Rechtsauffassung zu Merkmalen der Ehrenamtlichkeit - wie zum Beispiel die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs oder diverse Kommentare zur kommunalen Selbstverwaltung - so wird regelmäßig der damit verbundene Zeitaufwand als wichtiges Kriterium aufgeführt. Nach herrschender Meinung kann man nämlich bei hohem zeitlichen Aufwand nicht mehr von einer ehrenamtlicher Tätigkeit sprechen.

Als Fraktion Freie Wähler - Piraten wollen wir daher genau zu diesem Punkt der Grenzziehung zwischen ehrenamtlicher und defacto hauptamtlicher Tätigkeit Rechtssicherheit haben.

Die bisher von der Verwaltung vorgelegte rechtliche Bewertung schafft diese Rechtssicherheit nicht. Aus diesem Grund können wir der beabsichtigten Erhöhung der Entschädigung auch nicht mittragen.

Da aber auch die Fraktion Freie Wähler - Piraten an einer konstruktiven Lösung interessiert ist, haben wir einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt, der als Ziel eine rechtlich belastbare Lösung haben soll. Ich bitte Sie daher, unserem Antrag zuzustimmen.

Vielen Dank!